



Antrag

TOP:
Vorlagen-Nummer: **V/2012/10997**
Datum: 05.09.2012
Bezug-Nummer.
PSP-Element/ Sachkonto: 1.11101.06/58110220
Verfasser: Herr Oliver Paulsen
Plandatum:

Beratungsfolge	Termin	Status
Stadtrat	26.09.2012	öffentlich Entscheidung
Hauptausschuss	17.10.2012	öffentlich Vorberatung
Stadtrat	24.10.2012	öffentlich Entscheidung

Betreff: Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Verbleib des Universitätsklinikums Halle in öffentlicher Trägerschaft

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) spricht sich für den Verbleib des Universitätsklinikums Halle in öffentlicher Trägerschaft aus und appelliert an Landesregierung und Landtag, die Erfüllung von dessen gemeinnütziger Aufgabenstellung auch weiterhin durch eine nicht-kommerzielle organisatorische Rechtsform sicherzustellen.

gez. Oliver Paulsen
Fraktionsvorsitzender

Begründung:

Da die Landesregierung offensichtlich Varianten einer Privatisierung des halleschen Universitätsklinikums prüfen lässt, liegt es im Interesse des Stadtrates der Stadt Halle, sich zu diesem Vorhaben zur Zukunft eines der größten Arbeitgeber in der Stadt zu positionieren.

Medizinische Fakultät und die Klinik selbst haben sich gegen einen Verkauf ausgesprochen. Auch der Stadtrat muss sich mit den Argumenten gegen einen Verkauf befassen, die noch nach keinem vergleichbaren Klinikverkauf entkräftet werden konnten. Es drohen: Nachlassende Versorgungsqualität durch stark ansteigenden Leistungsdruck, Entlassungen und (in)direkte Gehaltskürzungen für das Personal, und schließlich Vernachlässigung weniger „lukrativer“ Bereiche wie Forschung und Lehre. Damit kommt es zu einer besonderen Gefährdung des Charakters des Universitätsklinikums mit seinem Auftrag zur Maximalversorgung von besonders schweren Einzelfällen und der Verzahnung von Theorie und Praxis. Wie real diese Sorgen sind, zeigt sich daran, dass die konkrete Debatte und Kritik um genau diese Folgen auch fünf Jahre nach der Privatisierung der Universitätskliniken Gießen und Marburg, als bisher markantestes Beispiel in Deutschland, noch immer nicht

verstummt sind.

Die Landesregierung riskiert mit den Verkaufsüberlegungen für einen angesichts der bisherigen Investitionen geringen Einmal Erlös eine Verschlechterung der Forschungs- und Arbeitsbedingungen und damit der Versorgungsqualität. Daher beantragen wir, dass sich der Stadtrat dahingehend landespolitisches Gehör verschafft, indem er sich gegen eine (Teil)Privatisierung ausspricht.



21. September 2012

Sitzung des Stadtrates am 26.09.2012

**Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Verbleib des
Universitätsklinikums Halle in öffentlicher Trägerschaft
Vorlage-Nr. : V/2012/10997**

Stellungnahme der Verwaltung:

Die Verwaltung empfiehlt, den Antrag grundsätzlich anzunehmen.

Begründung:

Die Oberbürgermeisterin spricht sich grundsätzlich für den Verbleib des Universitätsklinikums Halle in öffentlicher Trägerschaft aus. Sie unterstützt ferner einen Appell an Landesregierung und Landtag, die Erfüllung einer gemeinnützigen Aufgabenstellung des Universitätsklinikums sicherzustellen.

Die beantragte Positionierung der Stadt Halle greift jedoch zu kurz. Da eine Privatisierung des halleschen Universitätsklinikums durch die Landesregierung derzeit geprüft wird – und hierbei auch eine Rechtsform der gGmbH (gemeinnützige GmbH) gewählt werden könnte -, sollte in Ergänzung des Beschlussvorschlages an die Landesregierung und den Landtag appelliert werden, bei einer Änderung die Gemeinnützigkeit und nicht die Gewinnmaximierung in den Vordergrund zu stellen. Es ist aus Sicht der Stadt zielführend ein Anforderungsprofil und eine Bewertungsmatrix zu definieren. Beides zusammen kann bei der Einforderung ganzheitlicher Erwerberkonzepte eine Steuerungs- und Selektionsfunktion ausüben.

Dagmar Szabados
Oberbürgermeisterin